**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 15/4827**

bpt bundesverband praktizierender tierärzte

bpt • Hahnstraße 70 • 60528 Frankfurt am Main

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuß

z. Hd. Frau Dörte Schönfelder
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Hahnstraße 70
D-60528 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 66 98 18 – 0
Telefax: (0 69) 6 66 81 70
BPT-eV@t-online.de
www.tieraerzteverband.de

Dipl. Kfm. Heiko Färber
Geschäftsführung
Durchwahl: (0 69) 66 98 18–10
bpt.faeerber@tieraerzteverband.de

bpt • für eine leistungsstarke tiermedizin

Frankfurt am Main, 23. August 2004gm

Gesetzentwurf der Landesregierung Schleswig-Holstein
Gefährhundegesetz (Drucksache 15/3471)

Sehr geehrte Frau Schönfelder,

beigefügter Anlage entnehmen Sie bitte unseren Standpunkt zu dem von Ihnen übersandten Gesetzentwurf schleswig-holsteinischen Landesregierung zum „Gefährhundegesetz“. Wir bedanken uns, für die Möglichkeit, Stellung zu nehmen.

Als Interessenvertretung der praktizierenden Tierärztinnen und Tierärzte in Deutschland erkennen wir das Ziel des Gesetzes, Leben und Gesundheit von Menschen und anderen Tieren vor gefährlichen Hunden zu schützen, an. Wir begrüßen ausdrücklich, daß sich nunmehr der Gesetzgeber selbst zu einer Regelung entschlossen hat und damit den Vorgaben der höchstrichterlichen Rechtsprechung genügt.

Wir möchten jedoch betonen, daß der dazu beschrittene Weg selbstverständlich verhältnismäßig sein muß und den in Art. 23 a GG verfassungsmäßig verankerten Tierschutz zu achten hat.

Der vorgelegte Gesetzentwurf enthält in dieser und in anderer Beziehung aus unserer Sicht mehrere Schwächen.

1. Leinenzwang, § 2 Abs. 2:

Aus der Zusammenschau der Vorschriften in § 2 Abs. 2, insbesondere dessen Nr. 3, folgt faktisch ein weitgehender Leinenzwang für Hunde in der Öffentlichkeit. Ein solcher geriete jedoch in Konflikt mit dem Tierschutzgesetz, wonach jedes Tier artgerecht zu halten ist. Insbesondere ist auf § 2 Nr. 2 TierSchG zu verweisen, wonach die Möglichkeit des Tieres zu artgemäßer Bewegung nicht so einschränkt werden darf, daß ihm Schmerzen oder

vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden. Eine nahezu kontinuierliche Leinenpflicht erlaubt dem Tier erfahrungsgemäß nicht mehr, seinem natürlichen Bewegungsbedürfnis nachzukommen. Auf diese Weise ist die Gesundheit des Hundes gefährdet. Um die Regelung gleichwohl zu ermöglichen, müßte der Gesetzgeber dafür sorgen, daß jede Gemeinde Auslaufgebiete in ausreichender Zahl und Größe einrichtet.

2. Mitnahmeverbot, § 2 Abs. 3:

Speziell ausgebildete Hunde und Behindertenbegleithunde sind von dem geplanten Verbot auszunehmen. Gleiches gilt für speziell für den Unterricht mit Kindern ausgebildete Hunde. Gerade der Unterricht mit geeigneten Hunden wirkt sich positiv auf das Verhalten vieler Kinder aus, ebenso das Training mit Hundeführern in Kindergärten und Grundschulen. Das dient auch der allgemeinen Sicherheit und Ordnung.

3. Kennzeichnungspflicht, § 2 Abs. 5:

Die vorgeschlagene Regelung ist ungeeignet. Die beschriebenen Kennzeichen an der Anleinvorrichtung können verloren gehen oder vertauscht werden, so daß das jeweilige Tier eben nicht eindeutig zuzuordnen ist. Eine unzweideutige Identifikation ist schon im Blick auf die Sicherung etwaiger Schadenersatzansprüche geboten. Daher ist ein unverwechselbares, nicht austauschbares Kennzeichen zu wählen, etwa ein Chip.

4. Gefährlichkeitsvermutung nach § 3 Abs. 2:

Bestimmte Hunderassen gelten nach dem vorgelegten Gesetzentwurf pauschal als gefährliche „Kampfhunde“. Auch wenn das Bundesverwaltungsgericht und sogar das Bundesverfassungsgericht eine solche Vermutung gebilligt haben, ist erneut darauf hinzuweisen, daß eine lediglich auf die Rasse bezogene Gefährlichkeitsvermutung nicht belegt ist. Im Gegenteil widerspricht sie allen bisher national und international veröffentlichten ethologischen Forschungen und Gutachten. Da sich die Sicherheit der Bevölkerung vor Hundebissen ohne Berücksichtigung des individuellen Verhaltens des einzelnen Tiers nicht gewährleisten läßt, ist der Entwurf insoweit nicht geeignet, das gesetzgeberische Ziel zu erreichen und daher unverhältnismäßig. Statt dessen hätte die gesetzliche Regelung an die tatsächliche Gefährlichkeit und Auffälligkeit der jeweiligen Tiere ohne Ansehen der Rasse anzuknüpfen.

5. Gefährlichkeitsvermutung nach § 3 Abs. 3 Nr. 3:

Die Norm verletzt das verfassungsrechtliche Bestimmtheitsgebot und ist deshalb zu streichen. Insbesondere ist nicht klar, was eine „gefahrrohende Weise“ sein soll. Die Formulierung ist nicht einmal als ausfüllungsbedürftiger unbestimmter Rechtsbegriff zu betrachten, da der Rechtsanwender nicht erfassen kann, auf wessen Perspektive abzustellen ist – die eines objektive Beobachters oder des Angesprungenen. Letzterer dürfte sich schon aus Überraschung regelmäßig erschrecken, was ein gefahrdrohendes und ein nicht gefahrdrohendes Anspringen ununterscheidbar macht. Aus demselben Grund ist der Ausdruck eines Verhaltens, „das Menschen ängstigt“, zu unbestimmt. Die gesamte Norm enthält keine objektivierbaren Maßstäbe für die Gefährlichkeit eines Tiers.

6. Erlaubniserteilung, § 5 Abs. 1:

Das sich in Verbindung mit § 8 ergebende Ermessen der Behörde ist insoweit einzuschränken, als die Genehmigung Personen mit einem theoretischen und praktischen Sachkundenachweis einer staatlich geprüften Institution erteilt werden muß. Das ist erforderlich, um dem verfassungsrechtlich geschützten Eigentumsrecht des entsprechend geprüften Hundehalters zu genügen. Es ließe sich in diesem Sinn eine vierte Ziffer mit

folgendem Wortlaut anfügen: „ Die Erlaubnis ist Personen mit einem theoretischen und praktischen Sachkundenachweis einer staatlich geprüften Institution zu erteilen.“

7. Vorlagefristen, § 5 Abs. 3:

Die vorgeschlagenen Fristen erscheinen angesichts des vom Gesetzgeber befürchteten Gefährpotentials der betroffenen Hunde äußerst lang. Sie sind daher im Sinne größerer Konsequenz zu verkürzen. Vertretbar erschiene eine einmalig verlängerbare Frist von vier Wochen.

8. Persönliche Eignung, § 7 Abs. 1 Nr. 3:

Die persönliche Eignung bei Alkohol- oder Betäubungsmittelabhängigkeit zu versagen erscheint unpraktikabel. Vorzugswürdig wäre im Hinblick auf die Nachweisbarkeit, an eine einschlägige Strafbarkeit oder ähnliches anzuknüpfen.

9. Sachkundenachweis, § 8:

Die theoretische Sachkunde sollte einmal im Leben des Hundehalters abgelegt und die praktische mit jedem Hund neu geprüft werden. Es fehlen außerdem Übergangsregeln für den Beginn der Gesetzesgeltung.

10. Verordnung zum Wesenstest, § 11 Abs. 2:

Das Innenministerium sollte die Verordnung zum Wesenstest gemeinsam mit der AG-Hundehaltung der BTK erarbeiten. Im übrigen sollten nur Hunde, die sich auffällig verhalten, einem Wesenstest unterworfen werden.

11. Redundanzen, §§ 2 Abs. 6, 12 Abs. 1:

Die genannten Vorschriften sind überflüssig. Das Tierschutzgesetz enthält bereits ein entsprechendes Zuchtverbot, §§ 3 Abs. 8 a, 11 b, Abs. 1 a Tierschutzgesetz. Die Wiederholung ist freilich unschädlich.

Wir hoffen sehr, daß unsere Vorschläge und Anmerkungen das Gesetzgebungsvorhaben voranbringen und helfen, das von uns unterstützte gesetzgeberische Ziel zu verwirklichen.

Wir freuen uns auf eine weitere konstruktive Zusammenarbeit und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Bundesverband Praktizierender Tierärzte e.V.
Geschäftsführung

gez.
Dipl. Kfm. Heiko Färber